



ZdK

# Salzkörner

Materialien  
für die Diskussion  
in Kirche  
und Gesellschaft

20. Jg. Nr. 5  
31. Oktober 2014

## Editorial

### Seht, da ist der Mensch

Das Leitwort des 100. Deutschen Katholikentags, der vom 25. bis 29. Mai 2016 in Leipzig stattfinden wird, steht fest: "Seht, da ist der Mensch".

Der Mensch, sein Wert und seine Würde, sollen im Mittelpunkt der thematischen Arbeit des Katholikentags stehen: der Arme und Schwache, der Leidende und Benachteiligte, der Verfolgte und der Flüchtling, der Sterbende, das Kind, der Alte. Alle zentralen Fragen um den Schutz des Lebens vom Anfang bis zum Ende, um die Solidarität in unserem Land und weltweit, um den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, um das Gemeinwohl, um die Zukunft der Menschheit sollen das thematische Geschehen bestimmen.

Zugleich ist es Christus, der Mensch gewordene, von dem Pilatus sagt: "Seht, da ist der Mensch". So ist mit diesem Leitwort auch die Gottesfrage angesprochen und alles, was sich daraus für Glauben und Kirche und auch die hier anstehenden dringenden Zukunftsfragen ergibt.

Dazu gehört auch die Familie. Wie gut es doch ist, dass die übergroße Mehrheit auf der außerordentlichen Synode im Vatikan zur Familie realistisch und barmherzig, zugewandt und lebensnah gesagt hat: Seht, da ist der Mensch!

Stefan Vesper

## Inhalt

- Kehrtwende zu einer restriktiven Rüstungsexportpolitik** \_\_\_\_\_ 2  
Ethische Position  
[Gertrud Casel](#)
- Lobbyarbeit im Lichte des Sozialwortes der Kirchen** \_\_\_\_\_ 4  
Übersetzung in konkrete Politik  
[Birgit Fix](#)
- Mehr Demokratie wagen** \_\_\_\_\_ 6  
Die EU nach den Wahlen  
[Peter Liese](#)
- Dem Leben Zukunft geben** \_\_\_\_\_ 8  
Zum 15-jährigen Bestehen von donum vitae  
[Andrea Redding](#)
- Neuer Antisemitismus in Deutschland?** \_\_\_\_\_ 10  
Mit dem heutigen Judentum befassen  
[Uri R. Kaufmann](#)
- Kinderwunsch auf Eis** \_\_\_\_\_ 12  
[Stefan Becker](#)

## 2 Rüstung Export

# Kehrtwende zu einer restriktiven Rüstungsexportpolitik

Ethische Position

**"Es bleibt dringend geboten, die Bemühungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung fortzusetzen und den Handel mit Waffen einzudämmen. Denn Hochrüstung und ein unkontrollierter Zufluss an Waffen gefährden den Aufbau dauerhafter Friedensordnungen und bedeuten ein schwerwiegendes Hindernis für die Einleitung von Friedensprozessen. Ebenso kann mit der Anhäufung großer Waffenarsenale die Versuchung wachsen, bestehende Konflikte durch den Einsatz militärischer Mittel gewaltsam zu bewältigen." So hieß es schon im Jahr 2000 im Bischofswort Gerechter Friede. Und weiter: "Deutschland sollte seine vergleichsweise strenge Exportkontrollpolitik bei der Ausfuhr von Rüstungsgütern und Kriegswaffen strikt beibehalten und im Bereich offenkundiger Schwachpunkte noch verschärfen".**

Deutschland hat in der Tat ein restriktives und weitgehend ethisch angeleitetes Regelwerk, was Rüstungsexporte betrifft. Das Grundgesetz stellt in Artikel 26, Absatz 2, die Herstellung und Verbreitung von Kriegswaffen unter den Vorbehalt einer Genehmigung durch die Bundesregierung. Das Kriegswaffenkontrollgesetz und das Außenwirtschaftsgesetz haben schon immer einen engen und restriktiven Rahmen für deutsche Rüstungsexporte gesetzt. In den Politischen Grundsätzen der Bundesregierung aus dem Jahr 2000 heißt es: "Der Export von Kriegswaffen (in Drittstaaten) wird nicht genehmigt, es sei denn, dass im Einzelfall besondere außen- oder sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik ... für eine ausnahmsweise zu erteilende Genehmigung sprechen". In diesen Grundsätzen sind ähnliche Kriterien zur Prüfung festgehalten wie im Gemeinsamen Standpunkt der EU, u.a. die Lage der Menschenrechte im Endbestimmungsland, Frieden und Stabilität in der Empfängerregion, das Risiko unerwünschter Weiterleitung von Rüstungsgütern und die Verträglichkeit eines Exportes mit der Entwicklung des Empfängerlandes. Dennoch gehört Deutschland zu den weltweit größten Rüstungslieferanten. Wie ist es möglich, dass entge-

gen einem strengen Regelwerk und selbstgesetzten engen Kriterien die Bundesregierung über Jahrzehnte hinweg eine solche Entwicklung befördert hat?

### Fehlende Kontrolle

Zunächst ist das Regelwerk mit Kriegswaffenkontrollgesetz und Außenwirtschaftsgesetz in Verschränkung mit europäischem und internationalem Recht hoch komplex und schwer zu durchschauen. Aber vor allem fehlt es an einer hinreichenden Kontrolle durch den Deutschen Bundestag, dem dafür die notwendigen Informationen fehlen. Zudem gab es immer ein starkes außenwirtschaftliches Interesse, das Wirtschaftsministerium hat die Federführung für Rüstungsexporte. Rüstungsexporte wurden häufig als Türöffner auch für andere Geschäfte betrachtet. Die Rüstungsindustrie hatte immer eine starke Lobby, nicht nur im Verband der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, auch einzelne Unternehmen hatten gute Kontakte zu ihren Abgeordneten im Wahlkreis. Über Jahre hinweg gab es auch ein weitgehendes Desinteresse der Öffentlichkeit und der Medien - abgesehen von einzelnen Skandalen, die die Rüstungsgeschäfte jeweils für kurze Zeit aus der Schmutzdecke ans Tageslicht brachten.

Erst als im Arabischen Frühling deutlich wurde, dass Bürgerproteste auch mit deutschen Waffen bekämpft wurden, als die Panzerliefergenehmigungen nach Saudi-Arabien, Bahrain und Katar kurz hintereinander heftige Proteste hervorriefen, und die Indiskretionen aus dem Bundessicherheitsrat im Spiegel auftauchten, führte dies zu anhaltenden Fragen und Debatten im Parlament und einer inzwischen hoch informierten Presseberichterstattung.

### Gewalteskalierendem Handeln begegnen

In ihren jährlichen Rüstungsexportberichten bewertet die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) die Rüstungsexportpolitik aus Sicht der Friedens-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Prinzipiell geht sie davon aus, dass der Transfer von Mitteln der Gewalt nach den gleichen Kriterien zu beurteilen ist wie die Androhung und Anwendung von Gewalt. Diese ethische Position schließt eine Selbstbindung mit ein, d. h. die Handlungsziele sind auch dann verbindlich, wenn dies bedeutet, auf Vorteile zu verzichten, die andere nutzen. Der Zusammenhang von Rüstungsdyna-

# Rüstung Export

mik und Gewalteskalation macht es erforderlich, Rüstungstransfers in Konzepte und Praxis von Rüstungskontrolle und Abrüstung zu integrieren. Aber die GKKE hat auch immer wieder betont, dass es keine einfachen Urteile über Rüstungstransfers gibt. Dies kann Hilfen z.B. beim Aufbau von Polizei und Sicherheitskräften als legitimen Inhaber staatlicher Gewalt erfordern. Die GKKE legt für ihre Beurteilung von Rüstungsexporten folgende Kriterien zu Grunde: "Rüstungstransfers dürfen kein gewalteskalierendes Handeln von Staaten nach innen wie nach außen begünstigen. Sie müssen geeignet sein, dem Bedürfnis der Menschen nach Schutz vor rechtloser Gewalt zu dienen. Dies schließt die Prüfung ein, ob der Bedarf an Sicherheit auch auf anderem Weg gewährleistet werden kann".

## Im Einklang mit Erfordernisse des guten Regierens

Rüstungstransfers sollten ferner im Einklang mit den Erfordernissen des guten Regierens stehen. Sie dürfen in Empfängerländern nicht die Chancen der Bevölkerung auf ein Leben in Frieden und Sicherheit beeinträchtigen, sondern müssen vielmehr ein Leben in Würde ermöglichen. Insbesondere bei Lieferungen in Drittstaaten ist zu begründen, dass die Rüstungsexporte tatsächlich den Vorgaben von Frieden und Entwicklung entsprechen. Besonders bei Genehmigungen von Ausfuhren in Konfliktregionen und in Staaten, die öffentliche Entwicklungshilfe erhalten, liegt die Begründungspflicht bei deren Befürwortern.

## Priorität friedensethischer Kriterien

In ihren Berichten hat die GKKE nicht nur die öffentlich verfügbaren Daten über Einzel- und Sammelausfuhrgenehmigungen analysiert und bewertet, sondern auch kontroverse Einzelfälle diskutiert. Über die Jahre hinweg zeigte sich, dass die Bundesregierung immer eine sehr hohe Zahl von Genehmigungen erteilt in Länder, die als problematisch einzustufen sind. In 2012 erhielten 67 Länder, deren Menschenrechtssituation als bedenklich einzustufen ist, Rüstungsgüter aus Deutschland. Nicht hinnehmbar ist auch der stetige Zuwachs der Drittstaaten außerhalb von NATO und EU als Abnehmer deutscher Rüstungsexporte. Von 55 % der Exportgenehmigungen im Jahr 2012 sind wir im ersten Halbjahr 2014 mit 63,5 % auf einem Rekordhoch angelangt. Was als Ausnahme gedacht war, ist zur Regel geworden. Deutsche Rüstungsunternehmen kompensieren die sinkende Nachfra-

ge in Europa – in Deutschland etwa auch durch die Bundeswehr – durch neue Kunden auf dem Weltmarkt. Hier braucht es aber dringend einen Perspektivwechsel! Rüstungsgüter sind Gewaltmittel. Da haben Argumente wie Absatzchancen und Arbeitsplätze nur nachrangige Bedeutung. Hier muss es zuerst um friedensethische Kriterien gehen.

## Mehr Transparenz

In der Koalitionsvereinbarung der Rot-Schwarzen-Bundesregierung von Oktober 2013 waren mehr Transparenz, zeitnähere Information gegenüber Parlament und Öffentlichkeit zugesagt worden. In einem Eckpunktepapier haben die Koalitionsfraktionen im April dieses Jahres eine tatsächlich restriktive Genehmigungspraxis vereinbart. Aber schon bei den ersten Ablehnungen und dem Aussetzen von Liefergenehmigungen hagelte es Kritik von Seiten der Rüstungsindustrie, der CSU und auch Teilen der CDU. Man leide unter der Unberechenbarkeit deutscher Genehmigungsverfahren. Langfristige Folgen für die Wehrtauglichkeit und letztlich die Sicherheit Deutschlands wurden an die Wand gemalt. Es darf aber nicht um Standortfragen oder um den Erhalt einer wettbewerbsfähigen nationalen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie gehen, wenn mit Kleinwaffen ebenso wie mit Kriegswaffen und Rüstungsgütern die Gewalt in Empfängerländern sich weiter unkontrolliert ausbreitet und die Neigung zu gewaltförmiger Konfliktaustragung wächst und Rüstungsdynamiken angeheizt werden.

Die GKKE hat eine Kehrtwende gefordert und die ersten Schritte des Bundeswirtschaftsministers hin auf eine größere Transparenz begrüßt ebenso die Rückgänge bei den Kleinwaffen in Drittstaaten. Dieser Weg muss entschieden fortgesetzt werden: zeitnahe Information über Genehmigungen, Voranfragen und tatsächliche Exporte mit politischen Begründungen, wirksame Endverbleibskontrolle, keine Hermes Kredite und vor allem strenge Beachtung der Kriterien.

| Gertrud Casel

Geschäftsführerin der Deutschen Kommission  
Justitia et Pax

## Lobbyarbeit im Lichte des Sozialwortes der Kirchen

Übersetzung in konkrete Politik

**Im Februar 2014 haben der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland und die Deutsche Bischofskonferenz ihr neues Sozialwort "Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft" veröffentlicht. Durch den Impulstext soll eine breite gesellschaftliche Debatte für eine erneuerte Wirtschafts- und Sozialordnung angestoßen werden.**

Beide Kirchen betonen darin, dass Sozial- und Bildungspolitik in der sozialen Marktwirtschaft die zentralen Instrumente zur Herstellung von Teilhabegerechtigkeit sind. Als ethische Leitbilder eines chancenorientierten gesellschaftspolitischen Diskurses werden Inklusion und Partizipation genannt.

### Zentrale politische Herausforderungen

Im Einleitungstext des Sozialwortes werden für Deutschland drei entscheidende politische Herausforderungen angesprochen, die in den kommenden Jahren zu lösen sind:

1. Vom wirtschaftlichen Wachstum haben nicht alle Bevölkerungsgruppen gleich profitiert. In der Folge nimmt die Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung in den letzten Jahren zu. 2. Durch Zuwanderung hat in den letzten Dekaden die gesellschaftliche Vielfalt zugenommen. Gelöst werden müssen die damit verbundenen Fragen der Integration. 3. In allen sozialen Sicherungssystemen muss die Frage beantwortet werden, wie der demographische Wandel bewältigt werden kann. Diese drei genannten Themenkomplexe sind auch für die Lobbyarbeit des Deutschen Caritasverbandes zentral.

### Übersetzung in konkrete Tagespolitik

Die Lösungen für die hier angesprochenen Herausforderungen sind komplex, geht es hier schlussendlich um elementare Fragen der Beteiligungs- und Verteilungsgerechtigkeit. Das Sozialwort liefert hier wichtige Denkanstöße, welche Dimensionen gesellschaftlicher Verantwortung zur Entwicklung von Lösungsansätzen beachtet werden müssen.

Im Nachgang zum Sozialwort muss es nun gelingen, diese allgemeinen Forderungen für die konkrete Tagespolitik zu übersetzen und dabei die Weichen für eine gute Weiterentwicklung der Sozialpolitik zu stellen. Der besondere Beitrag, den der Deutsche Caritasverband hier gesellschaftlich leisten kann, ergibt sich aus der Praxiserfahrung seiner Einrichtungen und Dienste mit Klienten. Aus der konkreten Sozialarbeit mit den Menschen vor Ort wissen wir um die komplexen Handlungsanforderungen. Wir kennen aber auch die Rahmenbedingungen und sehen, wo Änderungen notwendig sind. Im Verband entwickelte Leuchtturmprojekte können innovative Lösungsansätze aufzeigen. Politische Lobbyarbeit muss all diese Erfahrungen bündeln und konkrete gesetzliche Vorschläge machen, wie akute Not bekämpft, aber auch die Entstehung sozialer Notlagen präventiv verhindert werden kann. Aufgrund seiner praktischen Expertise ist der Deutsche Caritasverband bei der Bekämpfung und Verhinderung von Armut und Arbeitslosigkeit sowie der Gestaltung von Integration politisch gefragt. Auch bei zentralen Fragen der Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme, z.B. der Pflegeversicherung, der Krankenversicherung, der Rentenversicherung und der familienpolitischen Leistungen ist die Politik an den Lösungsansätzen der Caritas interessiert.

### Für konkrete Lösungen werben

Es ist nicht immer leicht, sozialpolitische Themen aus der Perspektive der Betroffenen im gesamtpolitischen Spektrum auf die Agenda zu setzen. Fragen der Inklusion und Partizipation von Menschen, die von Ausgrenzung bedroht sind, sind politisch schwierig zu transportieren. Politik ist es gewohnt, in Wahlperioden zu denken, in denen sich diese Problemlagen häufig nicht messbar lösen lassen. Politische Meinungsumfragen und Stimmungsbarometer bestimmen oft die Tagespolitik. Das macht es schwer, Problemlagen, die nur eine Minderheit in einer Gesellschaft betreffen, medial wirksam auf der tagespolitischen Agenda zu platzieren. Ein gutes Beispiel hierfür ist das Thema Armut. Die Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverhältnisse wird in Deutschland regelmäßig bei Erscheinen des Armuts- und Reichtumsberichts, bei der Veröffentlichung statistischer Forschungsergebnisse oder wissenschaftlicher Studien diskutiert. Häufig handelt es sich dabei um mediale "Eintagsfliegen": Der lauten Empörung über die Zunahme von Armutsraten folgt häufig tiefes Schwei-

gen. Konkrete Lösungsmechanismen werden nur selten diskutiert. Die Lobbyarbeit muss an diesem Punkt ansetzen und kontinuierlich mit konkreten Vorschlägen für Lösungen werben.

## Inklusion im Arbeitsmarkt

Oft werden für die Umsetzung konkreter sozialpolitischer Konzepte Jahre gebraucht. Ein gutes Beispiel hierfür ist im Bereich der Armutspolitik das Thema Sozialer Arbeitsmarkt. Arbeit ist dem christlichen Menschenbild entsprechend Teilhabe am Schöpfungswerk Gottes. Der Ausschluss von Arbeit bedeutet eine erhebliche Einschränkung von Partizipation in der Gesellschaft und führt damit zu Exklusion. In der 16. Legislaturperiode ist es mit Einführung des Beschäftigungszuschusses gelungen, einen Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarktpolitik einzuleiten. Anerkannt wurde nun, dass es im Sozialgesetzbuch II eine Personengruppe gibt, bei der die standardmäßig angewandten Instrumente des Fördern und Fordern nicht greifen. Soziale Integration und damit verbundene Inklusion kann nur gelingen, wenn die Personen intensive Begleitung bei einer arbeitspolitischen Maßnahme bekommen. In den Folgejahren wurde das gerade eingeführte Arbeitsmarktinstrument aber immer wieder in Frage gestellt bzw. gesetzlich modifiziert. Es ist eine Daueraufgabe der Lobbyarbeit dafür zu werben, dass für die Erreichung von sozialer Teilhabe eine Weiterentwicklung der öffentlich geförderten Beschäftigung notwendig ist.

## Migrations- und Asylpolitik

Auch im Bereich der Migrationspolitik zeigt sich, dass kontinuierliches Nachhacken zu Erfolgen führt. Zwar ist das politische Ziel der Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes noch nicht erreicht. Die Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts hat jedoch dazu geführt, dass sich zumindest für einige Gruppen die Situation verbessert hat. So ist in der aktuellen Gesetzgebung geplant, dass Inhaber eines humanitären Aufenthaltstitels aus dem Anwendungsbereich des Asylbewerberleistungsgesetzes herausgenommen werden und damit künftig Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII erhalten. Das ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr Inklusion. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene erhalten auch für die erste Zeit ihres Aufenthalts im Bundesgebiet einen Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe. Der Zugang zu Bildung ist ein wichtiger

Schritt zu mehr Partizipation.

## Rehabilitation

Soziale Sicherungssysteme, wie z.B. das Rentensystem, entsprechend den Anforderungen des demographischen Wandels weiterzuentwickeln, ist ebenfalls ein Langfristprojekt. Der Deutsche Caritasverband hat in diesem Zusammenhang seit vielen Jahren dafür geworben, die Leistungen für Rehabilitation auszuweiten. Rehabilitation ist gerade in Zeiten einer verdichteten Arbeitswelt mit einer Zunahme von psychischen Krankheiten ein wichtiger Bereich, denn nur wer gesund wird und gesund bleibt, kann auch länger arbeiten. Mit der aktuellen Rentenreform ist es nun endlich gelungen, die finanziellen Mittel für Rehabilitationsleistungen aufzustocken und einen Demographiefaktor einzuführen.

## Lobbyarbeit braucht langen Atem

Der Deutsche Caritasverband hat all diese beispielhaft aufgeführten politischen Prozesse durch politische Kampagnen, die Ausarbeitung von Positionen und Stellungnahmen zu konkreten Gesetzen begleitet. Die Erfahrung zeigt: Sozialinitiativen benötigen zur Entfaltung ihrer Wirkung einen langen Atem. Wichtig ist es dabei, dass unterschiedliche politische Akteure hierbei immer wieder die politischen Themen auf die Agenda setzen. Nur so kann es gelingen, das politische Klima für sozialpolitische Reformen zu schaffen. Was heißt das konkret für die Lobbyarbeit des Deutschen Caritasverbandes? Der Verband muss bei politischen Veranstaltungen und Diskussionen Präsenz zeigen, etwa durch Vorträge oder Statements. Er muss sich in parlamentarischen Anhörungen einbringen und darf nicht nachlassen, die Politik immer wieder konkret einzufordern. Der Deutsche Caritasverband sucht deshalb das persönliche Gespräch mit den politisch Verantwortlichen und erhebt die Stimme für diejenigen, die politisch keine Lobby haben.

Dr. Birgit Fix

Referentin für Arbeitsmarktpolitik und Armutfragen  
im Berliner Büro des Deutschen Caritasverbandes

## 6 Europa Aufbruch

### Mehr Demokratie wagen

Die EU nach den Wahlen

**Nach den Wahlen zum Europaparlament im vergangenen Mai geht mit der Bestellung der Kommissare jetzt die langwierige Konstituierungsphase in der Europäischen Union zu Ende. Peter Liese sieht die Europäische Union mit der neuen Kommission und einem gestärkten Europaparlament gut aufgestellt für die kommenden Herausforderungen.**

Am 27. Mai - zwei Tage nach der Europawahl - twitterte Kanzleramtsminister Peter Altmaier "The vote of the presidents of almost all EP-groups in favour of Juncker is the beginning of a democratic (r)evolution: History in making!" Zwar gab es in den folgenden Tagen noch einige Turbulenzen auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs. Aber dann war schnell klar: Es ist etwas Historisches für die Demokratie in Europa passiert!

Erstmals waren die Parteienfamilien bei der Europawahl mit Spitzenkandidaten angetreten und erstmals wird der Präsident der Europäischen Kommission nicht in Hinterzimmern bei den Staats- und Regierungschefs ausgeküngelt, sondern ist praktisch von den Bürgerinnen und Bürgern bei der Europawahl gewählt worden. Genau wie bei Landtagswahlen der Ministerpräsident oder bei Bundestagswahlen der Bundeskanzler als Spitzenkandidaten der größten Parteien gewählt werden.

#### Die neue Spitze der Kommission

Der neue Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker wird Europa nach meiner Überzeugung positiv voranbringen. Er ist ein Christlich-Sozialer und ein guter Ansprechpartner. Juncker hat eine neue Struktur der EU-Kommission vorgeschlagen. Neben "einfachen" Kommissaren soll es eine Reihe von Vize-Präsidenten geben, die die Arbeit der Europäischen Kommission koordinieren.

Viele dieser Vize-Präsidenten sind ehemalige Regierungschefs - darunter Valdis Dombrovskis und Jyrki Katainen, die mit Anfang Vierzig sicherlich nicht zum alten Eisen gehören. Der alte Spruch "Hast du einen Opa, schick ihn nach Europa" wird somit Lügen gestraft. Eine

besondere Rolle nimmt der erste Vizepräsident und frühere niederländische Außenminister Franz Timmermans ein. Er ist als Vizepräsident für "better regulation" u.a. für den Bürokratieabbau zuständig. Nach Diskussionen im Europäischen Parlament wird er zusätzlich auch für das Dossier Nachhaltigkeit verantwortlich sein. Zu dieser Klarstellung hat auch ein Brief von ZdK-Präsident Alois Glück an den Fraktionsvorsitzenden der Christdemokraten im Europäischen Parlament, Manfred Weber, geführt.

#### Entscheidungen zu Personal und Ressorts

Eine Reihe von Personalentscheidungen Jean-Claude Junckers ist sehr umstritten. So ist es auf den ersten Blick widersinnig, dass mit Pierre Moscovici ausgerechnet ein Franzose für die Einhaltung des Stabilitätspaktes, mit Jonathan Hill ein Brite für die Regulierung der Finanzmärkte, mit Karmenu Vella ein Malteser für den Vogelschutz und mit Dimitris Avramopoulos ein Grieche für das Thema Migration und Flüchtlinge zuständig ist. Aber diese Benennungen haben durchaus System.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung hat dafür den Begriff Thomas-Becket-Prinzip geprägt. Die Kommissare sollen den europäischen Kurs auch gegen Widerstände in ihrem Heimatland durchsetzen und sie sind dabei dann auch vielleicht authentischer als jemand, dem man leicht vorwerfen kann, er kenne die Situation vor Ort ja überhaupt nicht und habe leicht reden. Allerdings ist es für das Europäische Parlament - und bei relevanten Themen wie Flüchtlingen - sicher auch für die Kirchen extrem wichtig, darüber zu wachen, dass die Kommissare wirklich ihr europäisches Mandat ernst nehmen und nicht nationale Interessenpolitik betreiben. Auch die vier genannten umstrittenen Kandidaten machten bei der Anhörung im Europäischen Parlament eine relativ gute bis sehr gute Figur.

Bezüglich des Zuschnitts der Ressorts gab es Kritik - und die war aus meiner Sicht zumindest zum Teil berechtigt. Vor fünf Jahren hat der scheidende Kommissionspräsident Barroso entschieden, die Zuständigkeit für Arzneimittel und Medizinprodukte vom Industriekommissar zum Gesundheitskommissar zu verlagern. Dies entspricht auch der Praxis in allen Mitgliedsstaaten. In der neuen



# Europa Aufbruch

Kommission war allerdings eine Rückverlagerung vorgesehen, gegen die ich mich eingesetzt habe. Es muss schon der Eindruck vermieden werden, dass Industrieinteressen vor Gesundheitsinteressen stehen. Nach heftiger Kritik aus dem Parlament hat Jean Claude Juncker daher eingelenkt, Arzneimittel und Medizinprodukte bleiben Sache des Gesundheitskommissars - Ein weiterer kleiner Sieg für die Demokratie.

## Anhörungsverfahren

Das Verfahren der Anhörung führt dazu, dass die Kommissare sich intensiv auf ihre neue Tätigkeit vorbereiten und stärkt die Demokratie in Europa. Das würde auch den Ministern in Deutschland im Bund und in den Ländern gut tun. Eine Kandidatin hat die "Prüfung" nicht bestanden. Die ehemalige slowenische Ministerpräsidentin Alenka Bratusek wurde mit fast 90 prozentiger Mehrheit als ungeeignet angesehen. Mit ihrem umstrittenen Nominierungsverfahren beschäftigt sich in Slowenien die Antikorruptionskommission. In ihrer Anhörung hat sie keinerlei Kenntnis über ihr zukünftiges Dossier "Energieunion" vorweisen können. Deshalb ist es gut, dass sie durch eine andere Kandidatin ersetzt worden ist.

Umstritten war auch die Nominierung des spanischen ehemaligen Umweltministers Miguel Arias Canete für das Dossier Klima und Energie. Am Ende hat er sich aber mit deutlicher Mehrheit durchgesetzt. Für einen spanischen Konservativen sind seine klimapolitischen Vorstellungen erstaunlich nah den Positionen von ZdK und anderer kirchlicher Institutionen.

## Herausforderungen

Jetzt muss die neue Kommission zügig ihre Arbeit aufnehmen. Die Krisen in der Ukraine, im Irak und Syrien, sowie die Ebola-Krise in Westafrika erfordern schnelles und entschlossenes Handeln. Europa muss sich in all diesen Fragen als Friedens- und Solidaritätsgemeinschaft zeigen.

Eine wichtige Aufgabe der Kirchen ist es nach meiner festen Überzeugung, anti-europäischen Kräften energisch zu widersprechen. Die europäische Einigung ist eine zutiefst christliche Idee. Nach dem Zweiten Welt-

krieg haben tausende von Menschen für Frieden und für ein vereintes Europa demonstriert. Überzeugte Christen wie der damalige französische Außenminister Robert Schuman, der italienische Ministerpräsident Alcide de Gasperi und der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer haben diese Idee aufgegriffen, zum Teil gegen erhebliche Widerstände. Entscheidend war der Wille nach den schrecklichen Weltkriegen, Versöhnung zwischen den Völkern voranzubringen und einen Krieg zwischen Deutschland und Frankreich, sowie in anderen Nachbarländern, nicht nur undenkbar, sondern unmöglich zu machen. Es erschien damals als ein unrealistischer Traum. Heute ist dies Realität.

Deswegen ist auch die Auszeichnung der Europäischen Union mit dem Friedensnobelpreis berechtigt. Wir können zu Recht stolz sein auf das Erreichte. Natürlich erwächst daraus auch eine Verpflichtung für die Zukunft. Keinesfalls dürfen wir uns auf den Lorbeeren ausruhen.

Aber Kritik an den europäischen Institutionen muss immer die Perspektive respektieren. Oft wird eine Kritik an einzelnen Entscheidungen verallgemeinert als Kritik an der EU insgesamt. Genau wie es in Deutschland und in den Bundesländern unterschiedliche Auffassungen gibt, so muss es diese auch in Europa geben.

Damit darf aber der Grundsatz der europäischen Einigung nicht in Frage gestellt werden. Um es mit dem neuen Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker auszudrücken: Wer an Europa zweifelt, sollte einen Soldatenfriedhof besuchen. Wir engagierte Christen sollten nicht an Europa zweifeln oder gar verzweifeln, sondern uns konstruktiv in die Debatte einbringen.

| Peter Liese, MdEP  
Mitglied des ZdK

## Dem Leben Zukunft geben

Zum 15-jährigen Bestehen von donum vitae

**Die Gründungszeit war aufregend, aufreibend, aufbrechend. Und in der Zwischenzeit ist es bei donum vitae nicht ruhiger geworden. Tägliche Aufgabe und Herausforderung ist der Schutz des ungeborenen Lebens, für den sich donum vitae inzwischen an über 200 Standorten bundesweit sowie im Internet per Onlineberatung einsetzt – mit rund 300 Beraterinnen und Beratern, 150 Verwaltungsangestellten und rund 1000 ehrenamtlich Engagierten in den Vorständen, Trägervereinen und sozialen Projekten. Einen Ausblick in die Zukunft von donum vitae gibt Bundesgeschäftsführerin Andrea Redding.**

Leihmutterschaft, Elternassistenz, Embryonenadoption: Dies sind nur einige brennende Themen, die uns heute und in den nächsten Jahren – neben der unverändert wichtigen Kernaufgabe der Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatung – beschäftigen werden, wenn wir unserem Auftrag, ungeborenes Leben zu schützen, gerecht werden wollen. "Dem Leben Zukunft geben", so lautete denn auch der Titel des Bundeskongresses im September 2014 anlässlich des 15-jährigen Bestehens von donum vitae. Dieser kurze Satz bringt das Vereinsprogramm treffend auf den Punkt. Richten wir den Blick auf die Zukunft, dann stellen wir fest, dass die Verpflichtung zum Schutz des ungeborenen Lebens mehr denn je nicht nur bei Staat und Kirchen liegt, sondern auch und gerade im zivilgesellschaftlichen Verständnis bei jeder und jedem von uns – insbesondere als Christinnen und Christen.

### Als psychosozial beratender Fachverband etabliert

Von Beginn an, seit der Gründung von donum vitae vor 15 Jahren, ist es gelungen, für hohe fachliche Qualität in der Beratungsarbeit vor Ort zu sorgen. Die Auswahl und Qualifizierung der Beraterinnen und Berater sind Schlüssel-aufgaben, die auf allen verbandlichen Ebenen mit viel Weitsicht wahrgenommen werden. Jahr für Jahr berät donum vitae bundesweit rund 50 000 Frauen, Männer und Paare, davon mehr als 16 000 Frauen im Schwangerschaftskonflikt. Darüber hinaus erreichen wir rund 100

000 junge Männer und Frauen in Schulen und Jugendverbänden mit unseren präventiven Angeboten der Sexualpädagogik.

Bereits seit vielen Jahren – und nicht erst seit der Gesetzesnovelle des Jahres 2010 – bildet die psychosoziale Beratung vor, während und nach Pränataldiagnostik einen festen Bestandteil des Beratungsangebots. Anders als in der Konfliktberatung handelt es sich hierbei um sogenannte Wunschkinder und der Schock der Eltern nach einem auffälligen Befund und einer darauf folgenden Diagnose für das ungeborene Kind ist unermesslich. Unsere Beraterinnen und Berater sorgen in solchen Situationen zunächst einmal für Ruhe und einen Ort, an dem die Eltern ihren Gefühlen, ihrer Trauer, ihrer Angst, ihren Fragen und ihren Unsicherheiten in aller Offenheit freien Lauf lassen können. Dies ist eine sehr anspruchsvolle Art der Beratung, weil neben dem beraterischen Können viel medizinisches Fachwissen gefordert ist. In der Beratung geben wir den Frauen und Paaren Gelegenheit, sich mit der drohenden Behinderung oder Erkrankung ihres Kindes auseinanderzusetzen und machen Mut, sich dennoch für das Leben mit dem Kind – dem etwas anderen Wunschkind – zu entscheiden.

Diesen Gedanken weiterführend engagiert sich donum vitae seit einiger Zeit für Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung – und zwar nicht am Lebensbeginn, sondern in der Lebensphase, in der sie selbst eine Partnerschaft eingehen, eine Familie gründen und Kinder bekommen möchten. Mit Unterstützung des Bundesfamilienministeriums entwickeln wir Beratungsangebote, die sich an den speziellen Bedürfnissen dieser Zielgruppe orientieren. Leiten lassen wir uns hierbei von der Idee der Inklusion, die mehr als nur gemeinsame Bildungseinrichtungen umfasst, sondern vielmehr eine Haltung darstellt – eine sehr grundsätzliche Haltung dem Leben gegenüber.

Die Beratungsexpertise von donum vitae ist mittlerweile aus dem pluralen Angebot der Schwangerenberatung nicht mehr wegzudenken. Dies erleben wir sowohl auf kommunaler Ebene als auch und besonders in den politischen Zusammenhängen auf Landes- und Bundesebene. Die Politik findet in donum vitae bundesweit einen verlässlichen Partner, wenn es um den Schutz des unge-



# Beratung donum vitae

borenen Lebens, um die Etablierung konkreter Hilfsmöglichkeiten, wie z. B. der vertraulichen Geburt, oder um die ethische Abwägung von Möglichem und Machbarem im weiten Feld der Reproduktionsmedizin geht.

## donum vitae bleibt sich treu

Der im Jahr 2012 gestartete Verbandsentwicklungsprozess gab Raum und Gelegenheit zum Blick auf die eigenen Grundsätze und eine gemeinsame Selbstvergewisserung. Fazit des Prozesses, der sich seither auf allen Ebenen des Verbandes weiter fortsetzt: "Wo donum vitae drauf steht, ist auch donum vitae drin." Der Verband und seine Tätigkeitsbereiche haben sich weiterentwickelt und sind gereift. In den vergangenen Jahren wurden in immer kürzeren Abständen immer neue Fragen zum Lebensschutz aufgeworfen, auf die es gelungen ist, zu antworten. Doch bei aller Veränderung gibt es Kernüberzeugungen, die sowohl Basis als auch Ziel allen Engagements sind: Der unbedingte Schutz des ungeborenen Lebens, die Zusage an die Unverfügbarkeit menschlichen Lebens und die Unantastbarkeit der Würde jedes Menschen stehen unverrückbar im Mittelpunkt. Dies gilt auch für die Einsicht, die zur Überzeugung gereift ist, dass das ungeborene Leben nur gemeinsam mit der Mutter und nicht gegen ihren Willen geschützt werden kann. Beratung vor diesem Hintergrund weiß das deutsche Schwangerschaftskonfliktgesetz hinter sich, das neben der Ergebnisoffenheit der Konfliktberatung auch die Verpflichtung formuliert, zielgerichtet für das Leben zu beraten und Frauen in Not Möglichkeiten für ein Leben mit dem Kind aufzuzeigen.

Schwangerschaftsberatung ist gesetzliche Pflichtaufgabe und dennoch wird sie nur zu 80 % aus öffentlichen Mitteln finanziert. Daher bleibt in jedem Jahr ein nicht unerheblicher Betrag, der von donum vitae aus eigenen Mitteln bestritten werden muss. Ohne die zahlreichen Spenden der Unterstützerinnen und Unterstützer im Bundesgebiet wären unsere Beratungsarbeit und auch das politische Engagement nicht möglich.

## (K)ein Verband wie jeder andere

donum vitae ist ein Verband wie jeder andere, aber zugleich auch ganz anders. Als Verein bürgerlichen Rechts ist donum vitae kein kirchlicher Verein und will dies auch

zukünftig nicht werden. Dennoch sind alle, die sich bei donum vitae engagieren, sei es als Vorstand, sei es in der Beratung, den katholischen Wurzeln und dem christlichen Menschenbild verpflichtet. In diesem Sinne hat donum vitae eine deutliche Tendenz, ohne jedoch die Attribute eines Tendenzbetriebs für sich zu reklamieren.

donum vitae als bürgerlich-rechtlicher Zusammenschluss katholischer Laien und vieler anderer, die sich dem Schutz des ungeborenen Lebens verpflichtet fühlen, ist eine unkonventionelle, aber im Sinne des Zweiten Vatikanischen Konzils tragfähige Lösung für ein gleichsam unlösbares Thema: den Schwangerschaftskonflikt. In diesem Sinne bildet sich auf organisatorischer und politischer Ebene das ab, was die Frauen im Schwangerschaftskonflikt wortwörtlich am eigenen Leib erleben. In einer pluralen Gesellschaft wie der unsrigen gibt es auf viele existenzielle Fragen keine eindeutigen und für alle Menschen gültigen Antworten. Bernhard Vogel hat es zuletzt sinngemäß mit dem Satz zusammengefasst, dass der größere Fehler der deutschen Bischöfe vielleicht gar nicht der Ausstieg, sondern bereits der Einstieg in die Schwangerschaftskonfliktberatung gewesen sein mag. Vielleicht kann die Initiative donum vitae hier Vorbild sein und hilfreiche Hinweise geben, wie wir der Unterschiedlichkeit der Menschen und den Nöten der Zeit begegnen können.

Die bei donum vitae aktiven Frauen und Männer verstehen sich aufgrund ihrer Taufe als Kirche. Viele von ihnen engagieren sich aus ihrem Christsein heraus an vielen Stellen in Kirche und Gesellschaft. Nach manchen schmerzlichen Erfahrungen der vergangenen Jahre waren deshalb Erleichterung und Dankbarkeit groß, als Kardinal Marx im Frühsommer vor der Vollversammlung des ZdK zum Ausdruck brachte, dass niemand, der sich bei donum vitae engagiert, deswegen diskriminiert und ausgegrenzt werden dürfe. Er hat die Hoffnung auf ein konstruktives zukünftiges Miteinander gestärkt. donum vitae war und ist immer gerne bereit, seinen Beitrag hierzu zu leisten.

| [Andrea Redding](#)

Bundesgeschäftsführerin von donum vitae

# Antisemitismus Entwicklungen

## Neuer Antisemitismus in Deutschland?

Mit dem heutigen Judentum befassen

**In Deutschland tun Medienschaffende und Lehrer heute viel gegen Antisemitismus, gegen pauschale feindselige Einstellung zu Juden und Judentum. Im Umfeld des Gasa-Krieges gab es diesen Sommer aber an vielen Orten "Anti-Israel"-Demonstrationen, die in antisemitische Veranstaltungen ausarteten.**

Man kann bezüglich der israelischen Regierungspolitik unterschiedlicher Auffassung sein. Doch Plakat schwenken, auf denen die Schoah gelehnet wird oder der Staat Israel mit dem NS-Unrechtsstaat gleichgesetzt wird, ja Parolen schreien, wie "Juden ins Gas" oder "Hitler, Hitler", wie in Essen am Freitag, den 18. Juli 2014 auf dem Willy-Brandt-Platz vor dem Hauptbahnhof, ist sehr bedenklich. Auf Facebook wurde zuvor zur "Vernichtung" (so!) der Alten Synagoge aufgerufen und 18 Personen mussten in Sicherheitsgewahrsam genommen werden. Acht Polizisten standen damals mit Maschinenpistolen ums Haus und ein zweifacher Gitterzaun ließ dieses städtische Museum wie eine Festung erscheinen.

Hier führt eine völlig unkritische Solidarität mit den Menschen in Gasa und der Hamas-Bewegung zu radikal antisemitischen Äußerungen. Vor lauter Emotionen wird nicht zwischen einem städtischen Museum wie die Alten Synagoge Essen oder einer jüdischen Gemeinde in Deutschland und der Politik eines Staates im Nahen Osten unterschieden. Eine der Ursachen für dieses Verhalten mögen persönliche reale und eingeflößte Frustrationen wegen mangelnden beruflichen und privaten Fortkommens sein.

### Sensibilisieren und informieren

Doch ist es bedauerlich festzustellen, dass deutsche Schulbildung über Jahre bei diesen Demonstranten weder demokratisches Verhalten noch die Fähigkeit zur Differenzierung zwischen Juden in Deutschland, Israelis und dortiger Regierungspolitik erzeugt haben. Im Gegenteil, es besteht bei nicht wenigen eine Gewaltbereitschaft gegen Sachen und Menschen. Hier muss der Staat Grenzen aufzeigen, da

dieser sonst als schwach eingeschätzt wird und sich Übergriffe vermehren und verschlimmern werden. Dies gilt besonders für jene Personen mit Duldungsstatus: Es besteht keine Veranlassung solche, die sich gesetzeswidrig verhalten, einzubürgern. Da sich unter den Sympathisanten für die Hamas vor allem Muslime befinden, wäre es in diesen Milieus angezeigt, zu wirken. Muslime sollten erkennen, dass der Islam stark durch jüdische Einflüsse geprägt worden ist, dass der Koran jüdisch-religiöse Traditionen aufgenommen hat. Sie sollten die jüdische Geschichte etwa der Türkei oder Marokkos als Teil ihrer Herkunftsgeschichte und Kultur wahrnehmen. Es gab im Osmanischen Reich durchaus ein friedliches Nebeneinander von Muslimen, Juden und Christen. Dagegen heben sich die europaweiten Verfolgungen im "christlichen" Europa anlässlich des Ersten Kreuzzuges (1096) und des Schwarzen Todes (1348/49) wie auch die Inquisition in Kastilien und Portugal im 16. bis 18. Jahrhundert mit tausenden lebendig verbrannten Opfern, denen heimliches "Judaisieren" unterstellt wurde, negativ ab. Hier müssen Lehrer sensibilisiert werden, sich auf ihnen fremde Themen einzulassen. Fächer wie "Praktische Philosophie" in NRW oder "Ethik" in anderen Bundesländern sollten zum Thema Judentum und Islam Handreichungen herausgeben. Es könnte für Muslime spannend sein zu erfahren, wie eine nichtchristliche Minderheit - die Juden - über tausend Jahre in Westeuropa ihre religiöse Identität aufrechterhalten konnte und wie sie sich mit Fragen wie Integration gegenüber Assimilation auseinandergesetzt hat.

### Entsorgung deutscher Vergangenheit?

Was die Einstellung der Mehrheitsbevölkerung angeht, so kommen verschiedene Studien zu vergleichbaren Schlüssen, dass etwa ein Fünftel der deutschen Bevölkerung jüdenfeindliche Stereotypen hegt. Stärker sind diese nach einer Langzeitstudie der Universität Bielefeld in Schichten mit wenig Bildung und bei älteren Menschen. Die Konfessionszugehörigkeit spielt kaum eine Rolle, allenfalls sind die "traditionellen" antijüdischen Vorurteile bei Katholiken etwas stärker präsent als bei evangelischen Christen. Bei gewissen Stereotypen finden sich aber im internationalen Vergleich für Deutschland hohe Werte. So sind 49% der Deutschen überzeugt "dass die Juden Vorteile aus der Opferrolle" zögen, in Polen meinen dies 72%, in Großbritannien aber nur 22%. Das man "zu Recht wegen Israel (!) Juden

# Antisemitismus

## Entwicklungen

nicht möge", meinen in Polen 55% der Einwohner, aber nur 25% in Italien. In Ungarn vertreten 70% der Bevölkerung die Auffassung "die Juden hätten zu viel Einfluss", in Polen sind es 50%, in Deutschland hingegen nur 20%. Besonders unpopulär ist es, wenn Deutsche an den Massenmord an den europäischen Juden erinnert werden: 64,6% wehren sich dagegen, dass Deutschen diese Verbrechen vorgeworfen werden. 56% identifizieren sich mit der übertriebenen Formulierung, dass "Israel einen Vernichtungskrieg" gegen die Palästinenser führe. Bei dieser Formulierung kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die deutsche Geschichte gegen das Verhalten Israels gegenüber Palästinensern aufgerechnet werden soll, ein allzu durchsichtiger Versuch der "Entsorgung" der deutschen Vergangenheit.

### Mit dem heutigen Judentum befassen

Als kleine Gruppe sind die Juden in Deutschland mit rund 100.000 organisierten Gemeindegliedern und noch ein paar zehntausend "unorganisierten" auf 84 Millionen Menschen der Gesamtbevölkerung im Alltag nicht präsent. Normalität und Sichtbarkeit, wie sie etwa in New York, London oder Paris bestehen, gibt es hier nicht. Umso mehr sollten sich die Lehrpläne nicht mit dem Judentum als bloßem Hintergrund für Jesus wie im christlichen Religionsunterricht begnügen, sondern auch heutiges Judentum in seiner Vielfalt vermitteln. Der Geschichtsunterricht sollte etwas über jüdisches Leben in Europa oder den USA nach 1945 sagen. Christliche Gottesdienste könnten vermehrt die Hebräische Bibel wie auch die jüdische Bibelauslegung zur Kenntnis nehmen. Inzwischen wird dies sogar von der Päpstlichen Bibelkommission befürwortet. Christen würden von der Kenntnis der jüdischen exegetischen Tradition nur profitieren und dabei durch ihr eigenes Profil wahren. Es verwundert, wenn die Evangelische Kirche des Rheinlandes 1980 einen Synodalbeschluss zur "Begegnung" mit dem Judentum verkündet hat, im Lehrplan aber heutiges Judentum nicht auftaucht.

### Ungehemmter und aggressiver

Insgesamt bleibt festzuhalten: der Antisemitismus ist nicht neu, hat sich aber diesen Sommer ungehemmter und aggressiver entladen als auch schon. Der israelbezogene Antisemitismus ist heute sichtbarer, vielleicht auch stärker als der "klassische" rechtsradikale. An die aggressionsgelade-

nen jungen muslimischen Männer, die etwa die Alte Synagoge in Essen bedrohten, wird man nur schwer herankommen. Doch neben dieser festgefahrenen Gruppe gibt es viele Menschen, die sich durch sachliche Argumente, offene Diskussionen, durch Aufklärung, Bildung und Wissen beeinflussen lassen und bereit sind, eigene Vorstellungen kritisch zu überdenken und Neues zu lernen. Es wäre verfehlt nichts zu tun, denn gerade ausländische Medien aus dem arabischen und türkischen Raum verfestigen antijüdische Vorurteile. Man darf diesen nicht das Feld überlassen.

### Alte Klischees überwinden

Die Kirchen haben sich von den 1960er Jahren an vom theologischen Antijudaismus und vom Antisemitismus distanziert, einiges - nicht alles - ist an der Basis angekommen. Die katholischen Gruppen, die die Shoah leugnen - wie etwa die Piusbrüder - sind marginal, wie auch diejenigen die den Päpsten ihre Besuche von Synagogen vorwerfen (kreuz.net). Gegen die alten Klischees von der strengen Gesetzesreligion, die eigentlich religiöse keine Existenzberechtigung habe, wehren sich heute engagierte Theologen innerhalb der Kirche, während solche Ideen bis in die 1950er Jahre zum katholischen Mainstream gehörten.

### Legitimer Teil der europäischen Tradition

Eine demokratische Kultur und Gesellschaft in Deutschland soll die jüdische Religion, Kultur und Geschichte als legitimen Teil der europäischen Tradition wahrnehmen. Zusammenhänge zwischen Judentum und Islam, aber auch die Vielfalt des heutigen Judentums oder die jüdische Auslegung der Hebräischen Bibel sind Dinge, die leider immer noch weithin unbekannt sind. Das Lernen von Vielfalt am Beispiel des Judentums trägt zur Integration einer Gesellschaft, zu einem friedlichen Nebeneinander bei und diese Chance sollte man nutzen.

| Uri R. Kaufmann

Leiter der Alte Synagoge Essen, Mitglied im Gesprächskreis "Juden und Christen" beim ZdK



Der klimaneutrale Versand  
mit der Deutschen Post



ZdK

Zentralkomitee  
der deutschen Katholiken

ZdK | Zentralkomitee der deutschen Katholiken  
Postfach 24 01 41, D 53154 Bonn

## Kinderwunsch auf Eis

**Die Unternehmen Apple und Facebook machten in den vergangenen Tagen Schlagzeilen mit der Ankündigung, ihren Mitarbeiterinnen das Einfrieren von Eizellen (Social Freezing) zu zahlen. Mitarbeiterinnen sollen erst Karriere machen und die Familienplanung auf später verschieben können. Doch was die Unternehmen als innovative Maßnahme zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf verkaufen, ist alles andere als familienfreundlich.**

Sinnvolle betriebliche Maßnahmen für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützen Frauen (und Männer) darin, ihr Leben mit Familie und Beruf für alle verträglich zu gestalten. Social Freezing dagegen ermöglicht Familie nicht, es verhindert sie. Es verdrängt die Familie aus dem betrieblichen Alltag. Gleichzeitig machen Unternehmen damit deutlich, was sie von ihren Mitarbeiterinnen erwarten. Mit subtilem Druck zeigen sie Frauen, die beruflich vorankommen wollen, was zu tun ist: bitte keine Kinder bekommen! Denn – und das ist die eindeutige Botschaft dieses Angebots - Karriere und Kinder sind nicht miteinander vereinbar. Das hohe Risiko allerdings, dass eine Schwangerschaft in späteren Jahren trotz medizinischer Hilfe nicht mehr möglich ist, tragen die Frauen alleine. Denn eine Garantie, ein Kind einfach zehn Jahre später zu bekommen, gibt es nicht.

Es gehört zur Freiheit der Menschen, selbst zu entscheiden, wann sie Familien gründen. Kinder bleiben aber immer ein Geschenk. Kinder sind kein Projekt, das zu einem festgelegten Zeitpunkt verwirklicht wird. Unternehmen, die auf diese Weise Einfluss auf das Privatleben ihrer Mitarbeiter neh-

men, überschreiten eine Grenze. Viele Frauen, die das Social Freezing heute schon nutzen, betrachten es als eine Art Vorsorge, eine Absicherung für später. Doch anstelle solcher Vorsorge sollten Menschen darauf vertrauen können, dass es Strukturen am Arbeitsmarkt gibt, die ihnen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich machen. Die Debatte um das Social Freezing dagegen gibt jungen Menschen das Signal, sich schon sehr früh Gedanken um die Familiengründung machen zu müssen.

Unternehmen, die Social Freezing als innovatives Instrument der Karriereplanung anbieten, betrachten Kinder in erster Linie als potentielle Störfaktoren für die Produktivität ihrer Eltern. Eine familienbewusste Unternehmenskultur dagegen vermittelt ihren Mitarbeiter/innen: Familie ist möglich! Das Ziel einer familiengerechten Wirtschaft ist es, die Arbeitsbedingungen so zu verändern, dass Familien einen festen Platz im Arbeitsalltag haben. Vereinbarkeit von Beruf und Familie kann nicht bedeuten, Mütter und Väter möglichst unbeschränkt und ausschließlich für den Arbeitsmarkt verfügbar zu machen.

Anstatt Mitarbeiterinnen darin zu bekräftigen, ihren Kinderwunsch auf später zu verschieben, sollten Arbeitgeber Kinder willkommen heißen – und zwar zu jeder Zeit. Fortschrittliche Arbeitgeber wissen längst, dass Karriere auch mit Kindern möglich ist. Mit der Elternschaft erwerben Beschäftigte neue Kompetenzen, die auch den Unternehmen zugutekommen. Arbeitgeber dagegen, die Beschäftigte mit Kindern ins Aus stellen, werden auch keine zufriedenstellenden Lösungen anbieten für Mitarbeiter, die Pflegeverantwortung übernehmen müssen. Und Krankheit und Pflege lassen sich im Gegensatz zu Kindern nicht planen. Frauen und Männern dürften in unserer Gesellschaft keine Nachteile erfahren, weil sie Familie haben. Denn Familien sind nicht nur die stabile Basis unserer Gesellschaft, sie sind auch für die Arbeitswelt unentbehrliche Leistungsträger.

| **Stefan Becker** |

Präsident des Familienbundes der Katholiken

Pressestelle Hochkreuzallee 246, 53175 Bonn  
Postfach 24 01 41, 53154 Bonn

Tel. +49. (0) 228. 38 297 - 0. Fax +49. (0) 228. 38 297 - 48  
Mail [presse@zdk.de](mailto:presse@zdk.de) Web [www.zdk.de](http://www.zdk.de)

Herausgeber  
Dr. Stefan Vesper Generalsekretär

Redaktion  
Theodor Bolzenius Pressesprecher

Nachdruck frei / Belegexemplar erbeten

Alle Ausgaben der "Salzkörner" finden Sie auch auf unserer Internetseite:  
[www.zdk.de/veroeffentlichungen/salzkoeerner](http://www.zdk.de/veroeffentlichungen/salzkoeerner)